

Die kommende Teuerungszulage für die Beamten.

Von Dr. Arthur Teglaff.

Der Nationalliberalen Korrespondenz entnehmen wir die nachstehenden Darlegungen über die von der Regierung für den Herbst in Aussicht genommene einmalige Teuerungszulage für die Beamten.

Wie verlautet, plant die Regierung die Ausschüttung einer einmaligen Teuerungszulage für alle Beamten, die bereits im September zur Auszahlung kommen soll. Soweit bekannt geworden ist, sind die Verhandlungen über die Höhe der zu bewilligenden Summen zwischen den einzelnen Ressorts noch nicht zum Abschluß gekommen. Es werden verschiedene Zahlen genannt; so z. B. spricht man davon, daß ein Vorschlag dahin geht: ein Monatsgehalt und 200 M. zu zahlen. Das wäre also bei einem Gehalt von

1200 M.	= 100 + 200 = 300 M.
1800 "	= 150 + 200 = 300 "
2100 "	= 175 + 200 = 375 "
2400 "	= 200 + 200 = 400 "
2700 "	= 225 + 200 = 425 "
3000 "	= 250 + 200 = 450 " usw.

Ein anderer Vorschlag will einen Grundbetrag von 400 M. und ein halbes Monatsgehalt bewilligen. Danach würde sich die Scala folgendermaßen stellen: bei einem Gehalt von:

1200 M.	= 400 + 50, — = 450, — M.
1800 "	= 400 + 75, — = 475, — "
2100 "	= 400 + 87,50 = 487,50 "
2400 "	= 400 + 100, — = 500, — "
2700 "	= 400 + 112,50 = 512,50 "
3000 "	= 400 + 125, — = 525, — " usw.

Ein dritter Vorschlag endlich besagt, daß ein Monatsgehalt, 200 M. und 10 v. H. der bisherigen Teuerungszulagen gezahlt werden sollen. Hierbei sollen aber Höchstgrenzen für die einzelnen Beamtenklassen festgesetzt werden, und zwar für die untern Beamten höchstens 600 M., für die mittlern 700 M. und für die höhern 800 M.

Alle diese Vorschläge weisen ein Gemeinsames auf, nämlich die Differenzierung der Zulagen bei den einzelnen Beamtenklassen. Dieser Standpunkt der Regierung ist bei der Festsetzung der letzten Teuerungszulagen bereits im Parlament bekämpft worden und hat besonders bei den untern Beamten den schärfsten Widerspruch erfahren. Sie wiesen mit Recht darauf hin, daß die Teuerung, die sich auf alle Lebensmittel und Bedarfsartikel erstreckt, alle Schichten der Beamten in gleicher Weise trifft, den geringerbefohlenen sowohl wie den besserbesoldeten. Der mittlere und höhere Beamte könne sich aber schließlich mit seinem größern Einkommen noch eher durchschlagen als der schon ohnehin kärglich besoldete untere Beamte. — Trotz dieses Einspruches der Beteiligten und der Parlamentarier blieb die Regierung auf ihrem Standpunkt, und ebenso scheint es auch jetzt wieder werden zu sollen, wenn nicht noch in letzter Stunde die Regierung sich eines Bessern besinnt und ihren Standpunkt zugunsten der am härtesten bedrängten untern Beamten ändert. Es erscheint geradezu unbegreiflich, daß die Regierung anscheinend die Augen verschließt vor der großen Mißstimmung und Verbitterung, die in den Kreisen der untern Beamten herrschen. Deshalb mag noch einmal — ehe die Entscheidung fällt — der Standpunkt der untern Beamten klargelegt werden: Nicht allein der geplante Modus, nach dem die neuen Teuerungszulagen bemessen werden sollen, fordert den Widerspruch der untern Beamten heraus, sondern auch die beabsichtigte Höhe der Zulagen erscheint der Beamtenschaft nicht ausreichend gegenüber der unbeschreiblich gestiegenen Teuerung. Die Forderungen der untern Beamten in bezug auf die neuen Teuerungszulagen lauten in kurzen Worten: bald — in gleicher Höhe für alle — ausreichend.

Die Begründung dieser dreiteiligen Forderung erübrigt sich infolge der vorstehenden Ausführungen. Nur ein Wort noch zu dem letzten Teil: ausreichend! Wie schon gesagt, sehen die untern Beamten in der beabsichtigten Höhe der geplanten neuen Zulagen eine unzureichende Maßnahme. Sie wünschen einen Beitrag von mindestens 1000 Mark, wenn eine wirksame Hilfe geleistet werden soll. Schon die Tatsache, daß bei der langen Kriegsdauer die Kleidung, das Schuhzeug, die Wäsche und Wirtschaftsgegenstände aller Art aufs äußerste abgenutzt sind und dringend einer Ergänzung bedürfen, dürfte genügen — wenn man die Preise hierfür berücksichtigt —, um diese Summe als gerechtfertigt anzuerkennen.

Sicherlich würde die Forderung der untern Beamten auch die Unterstützung der Parlamente finden, wenn sie zu dieser Angelegenheit auch ein Wort zu sagen hätten. Aber die Ausschüttung der Zulagen soll ja bereits im September erfolgen; daher ist eine Mitwirkung der Parlamente leider ausgeschlossen. — Hoffentlich wird trotzdem die Regierung ganze Arbeit leisten und nicht Südwert! Die Not ist groß, deshalb darf die Hilfe nicht klein sein!